

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Stadtticket übertragbar machen!

Seit dem Januar 2010 gibt es in Bremen ein Sozialticket, das sogenannte Stadtticket. Empfängerinnen/Empfänger von Hartz IV, Grundsicherung oder Asylbewerberleistungen können seitdem ein verbilligtes Monatsticket erwerben. Mit derzeit 27,50 € im Monat ist das Ticket allerdings verhältnismäßig teuer und liegt deutlich über dem Betrag, der in der Regelsatzberechnung für Verkehr veranschlagt ist.

Im Gegensatz zum normalen Monatsticket ist das Stadtticket jedoch nicht übertragbar. Ein vollständig übertragbares Ticket kostet regulär derzeit 42,70 € im Monat (Jahresabonnement Zone A) – eine Bedarfsgemeinschaft mit zwei Personen müsste für zwei nicht übertragbare Stadttickets dagegen 55 € im Monat ausgeben. Hier herrscht eine offensichtliche soziale Schieflage.

Da das Stadtticket nur in Verbindung mit einer „Kundenkarte“ gilt, die vom Jobcenter ausgestellt wird, ist auch bei vollständiger Übertragbarkeit ausgeschlossen, dass Nichtstadtticketberechtigte das Stadtticket nutzen. Es gibt daher keine vernünftigen Gründe für die Diskriminierung, die durch die Nichtübertragbarkeit des Stadttickets im Verhältnis zum regulärem Monatsticket besteht.

Vollständig unverständlich ist vor diesem Hintergrund, dass das Nichteintragen der „Kundennummer“ im Stadtticket von der BSAG als „Schwarzfahren“ eingestuft und verfolgt wird. Diese unsinnige Praxis sollte schnellstens eingestellt und vermeintliche Ansprüche gegen die Nutzerinnen/Nutzer nicht weiter verfolgt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die das Stadtticket betreffenden Verträge mit der BSAG mit dem Ziel nachzuverhandeln, dass eine Übertragbarkeit des Stadttickets gewährleistet ist.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, sich unverzüglich bei der BSAG dafür einzusetzen, dass nicht mehr auf das Eintragen der Kundenkartennummer im Sozialticket bestanden wird und keine Ansprüche auf erhöhtes Beförderungsentgelt wegen Nichteintragung erhoben bzw. weiter verfolgt werden.

Peter Erlanson, Cindi Tuncel,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE